

Argumente gegen die neoliberalen Parolen

1. „Es gibt nichts (mehr) zu verteilen. Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei“

Erstens: Diese Aussage entbehrt jedes ökonomischen Sachverstandes – oder sie ist bewusst demagogisch, um die konkrete Verteilung und Umverteilung zu verschleiern und Lohndrückerei, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialabbau als naturgegeben notwendig zu rechtfertigen:

Was in der Volkswirtschaft erwirtschaftet wird, gemessen als Bruttoinlandsprodukt BIP (2005 2 241 Mrd €, 706 Mrd € oder real 21% mehr als 1991) wird **ständig** auf der Grundlage der Eigentums- und Rechtsverhältnisse entsprechend der individuellen Leistung und der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit auf die Wirtschaftsakteure **neu verteilt** (Primär-, „Markt“- oder Bruttoverteilung) und anschließend durch den Staat über Steuern und Sozialtransfers **umverteilt** (Sekundär- oder Nettoverteilung). Diese Umverteilung erfolgt zur Finanzierung der Staatsaufgaben und Sozialtransfers und sollte entsprechend dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes die Markteinkommen korrigieren, da diese nicht nur Leistungs-, sondern immer auch machtabgeleitete Einkommen sind. Letzteres Umverteilungsziel wird jedoch durch die politische Praxis in den letzten Jahren in sein Gegenteil verkehrt (s.u. Netto- vs. Bruttoverteilung).

Zweitens: Die Aussage erweist sich als faktisch falsch, sobald man die tatsächliche Verteilung und ihre Entwicklung betrachtet:

- ◆ **1991 – 2004: Löhne u. Gehälter** brutto +31.7% (je Beschäftigten +33,9%), netto +24.8% (je Beschäftigten +27.0%) - **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (EUuV)** brutto +45.2%, netto +53.2%
- ◆ **1991-2005: Lohn- u. Gehaltssumme netto real:** -5.7% (je Beschäftigten -3.6%), **EUuV** +30,3%
- ◆ **2001 – 2005: Volkseinkommen +159.9 Mrd €;** davon: **Unternehmens- und Vermögenseinkommen +131.3 Mrd € (82%), Arbeitnehmerentgelte +28,8 Mrd € (18%).** Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind **2005 die Bruttoarbeitnehmerentgelte sogar nominal um 5,6 Milliarden € gesunken**, was bedeutet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker zugenommen haben (+32 Mrd) als das gesamte Volkseinkommen (+26 Mrd).
- ◆ **Lohn- und Gehaltseinkommen 1994-2004:** Spitzenverdiener +16% - Mittelgruppe +12% - Niedrigverdiener +2%
- ◆ **Wachsender Lohnabstand zwischen Männern und Frauen (EURO-Stat):** 1999 19% - 2004 23% (Durchschnitt EU25: 16% 1999 – 15% 2004)
- ◆ **1991 – 2005: Brutto-Lohnquote** von 71,0 Prozent auf 67,0 Prozent, **Netto-Lohnquote** von 48,1 Prozent auf 40,9 Prozent gesunken. Das Absinken der Lohnquote beinhaltet sowohl das Zurückbleiben der Arbeitnehmereinkommen als auch die zunehmende Massenarbeitslosigkeit

Fazit 1:

1. Es wurde und wird kräftig umverteilt, auch innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen – und zwar „von unten nach oben“ und zu Lasten der Frauen
2. Die staatliche Umverteilung hat dies noch verschärft (Brutto-Netto-Vergleich)

Das Ergebnis dieser Umverteilung von unten nach oben spiegelt sich konsequenter Weise in folgenden Fakten wider:

- ◆ **Nettovermögen der privaten HH'e:** 1970-2003 von 0.7 auf 5 Billionen € (+ 614%); allein 1998-2003 +17%
- ◆ **Verteilung des Gesamtvermögens:** Die 10% Vermögendsten besitzen 44,7% (1993) bzw. 46.8% (2003), die unteren 50% 4.1% (1993) bzw. 3.8% (2003)

- ◆ **Nettogeldvermögen 1991-2005:** +126,1% von 1.19 Billionen € (1991) auf 2.69 Billionen € (2005 – das sind 120 % des BIP !); Zuwachs z.Z. rd. 150 Mrd € pro Jahr, davon allein durch Zinsen 62.5 Mrd € pro Jahr; die **Sachvermögen** stiegen bis 2005 auf 4.8 Billionen €
- ◆ **Realer Anstieg 1991-2004:** Private Vermögenseinkommen +43% - Operative Gewinne (Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen) +28% - Arbeitnehmerentgelte (incl. Arbeitgeberbeiträge) +10%
- ◆ **Sparquoten 2003:** bei Monatseinkommen von unter 900 € -13.0% (d.h. Nettoverschuldung!), von 1300 bis 1500 € 1.2% , von 2000 bis 2600 € 5.2% , von 3600 bis 5000 € 14.3% und von 5000 bis 18000 € 22,2%
- ◆ **Armutsquote** (d.h. Anteil der Personen in Haushalten mit weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens) : 1998 12,1%, 2003 13.5% (2. Armuts- und Reichtumsbericht 2003) - 2000 10%, 2005 17,5% (Eurostat 200/04).
- ◆ **Frauen-Armutsquote** 2003 16% gegenüber 10% bei den Männern; Ende 2004 waren 55% der SozialhilfeempfängerInnen weiblich

Fazit 2:

Immer weniger der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis wird in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt - mit dem Ergebnis überproportional steigender Geldvermögen einerseits, zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut - im besonderen Maße bei Frauen - andererseits.

Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei ? Fast ist man versucht zu sagen: Schön wär's!

2. „Es ist kein Geld da“ - „Die Steuern sind zu hoch“ – „Die Staatsverschuldung ist zu hoch“

Diese Parolen werden nicht von ungefähr fast immer zusammen und von den gleichen Protagonisten neoliberaler Ideologie verbreitet und setzen in raffinierter Weise an persönlich sympathischen und privat eingeübten Einstellungen wie Sparsamkeit, Bescheidenheit, Zukunftsvorsorge oder an Zukunftsängsten an. Sie zeigen das ganze Elend neoliberaler Argumentation:

„Es ist kein Geld da“

Das kann ja wohl nicht für die gesamte Volkswirtschaft gemeint sein (s.o. unter 1.). Geld ist in Überfülle da, aber vor allem in den Händen der Geld- und Vermögensbesitzenden. Die Gesellschaft leistet sich mit der Massenarbeitslosigkeit z.Z. jährliche Kosten von rd. 80 Mrd € (Transferleistungen und Steuer- u. Beitragsausfälle). Die gesamten Ausfälle durch die konjunkturelle Unterauslastung des Produktionspotentials werden auf jährlich 150 Mrd € geschätzt.

Gemeint ist ausschließlich der **Staat** und abgewehrt werden sollen alle sozialstaatlichen „Ansprüche“, die in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation natürlich ebenso steigen wie die Staatseinnahmen sinken. Nach den Dogmen der angebotsorientierten Wirtschaftslehre müssen zur Überwindung der Krise sowohl die Steuern (hauptsächlich für die Unternehmen – in der Annahme, die würden dann wieder mehr investieren) gesenkt, als auch die Staatsverschuldung (wegen deren angeblich zinstreibender Konkurrenz auf dem Kreditmarkt) reduziert werden. Dabei müssten allerdings die Unternehmen mitspielen und die Steuersenkungen auch in Investitionen umsetzen, was bei der wegen der Binnennachfrageschwäche geringen Gewinnerwartung höchst fraglich ist (steigende Nettogewinne lassen sich auch anders profitabel nutzen, z.B. als Finanzkapitalanlage).

Auf jeden Fall kann diese finanzpolitische Strategie natürlich nur funktionieren durch massives Zusammenstreichen der Staatsausgaben (der investiven ebenso wie insbesondere der sog. „konsumtiven“, d.h. vor allem der Sozial- Bildungs- und Umweltausgaben). Dadurch wird aber die bei sinkender Lohnquote, steigender Arbeitslosigkeit und Armut sowieso schon schwache Binnennachfrage nach Investitions- und Konsumgütern weiter reduziert, mit dem Ergebnis geringeren Wachstums und weiter sinkender Steuereinnahmen, wodurch am Ende auch die Staatsverschuldung nicht sinken kann sondern steigt („**Schuldenparadoxon**“). Exakt dies ist in

den letzten Jahren in der Bundesrepublik zu beobachten gewesen¹⁾. Die zunehmende Verschleuderung von Volksvermögen (Privatisierung/Verkauf von staatlichen Unternehmen und Vermögenswerten) konnte dieses Problem auch nicht nachhaltig lösen (Vermögen kann man nur einmal verkaufen!) und hat darüber hinaus die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Staates weiter geschwächt.

- ◆ **Staatsausgabenquote** (ohne Sozialversicherung): 1991 28.2%, 2005 25.9% BIP
- ◆ **Investitionen des Bundes:** 34.0 Mrd (1996) – 28.1 Mrd (2000) – 23.8 Mrd (2005)
- ◆ **Steuerquote** von 24.2% 2000 auf 21.8% 2005; eine Steuerquote von 24 % hätte 2005 zusätzliche 45 Mrd € Einnahmen bedeutet, die Kluft zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum wächst
- ◆ **Steuereinnahmen:** 353,4 Mrd 1991 – 514.7 Mrd 2000 – 501.7 Mrd 2005
- ◆ **Unternehmenssteuerreform 2001** ging mit einem beispiellosem Einbruch der Unternehmensinvestitionen einher: **Gewinnsteuern** 34 Mrd (2000) – 25 Mrd (2005) (= -26,5%), **Gewinne** 224 Mrd (2000) – 337 Mrd (2005) (=+50.4%); **Investitionen** 251 Mrd (2000) – 227 Mrd (2005) (= -9,6%); Zunahme der **Selbstfinanzierung** über die Bruttoanlageinvestitionen hinaus (bei den produzierenden Kapitalgesellschaften)

„Die Steuern sind zu hoch“ – für wen?

Die Steuersenkungspolitik hat zu einer Verstärkung der Umverteilung von unten nach oben geführt (s.o. Netto- zu Brutto-Lohnquote) und zu einem Verzicht von Staatseinnahmen zugunsten der Unternehmen und der Vermögensbesitzer:

- ◆ **Massensteuern (Umsatz-/Mehrwertsteuer und Lohnsteuer):** 1991 235.6, 2004 316.7 Mrd (= +34.3%) – **Gewinn- u. Vermögenssteuern:** 1991 69.2 Mrd, 2004 67.3 Mrd (= -2.7%)
- ◆ **Massensteuern** von 37.5% der Gesamtsteuerlast (1960) auf 76.5% (2004), **Gewinnsteuern** von 34.7% 1960 auf 15.1% (2004)
- ◆ **Effektiver** (d.h. bezahlter im Gegensatz zum nominellen) **Steuersatz auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen** von 28% 2000 auf 18% 2004 zurückgefallen
- ◆ **Verteilungswirkung der Einkommensteuer-Reformen 1998-2004:** Entlastung (nominal) 6.4% - 6.1% - 12.3% - 20.8% - 22.1% bei zu versteuerndem Einkommen von 10 000€ - 50 000€ - 100 000€ - 500 000€ - 1 000 000€
- ◆ **Regressive Wirkung der geplanten MWSt-Erhöhung um 3%:** Belastungsquote bei den oberen 5% der Einkommen 0.78%, bei den unteren 5% 1.55%; Angestellte 0.40% - Arbeiter 0.51% - Beamte 1.06% - Rentner 1.25% - Arbeitslose 1.30%

„Die Staatsverschuldung ist zu hoch“

Grundsätzlich ist sind Kreditaufnahmen des Staates im Wirtschaftskreislauf ein völlig normaler und notwendiger Vorgang. Der ideologie-getriebene Vergleich mit den Schulden eines Privathaushalts ist völlig unsinnig.²⁾

¹⁾ Die jüngste konjunkturelle Entwicklung bestätigt nur diesen Zusammenhang: „Die Bundesregierung (hat) ihren Schrumpf- und Umbaukurs 2006 für ein Jahr unterbrochen ... Auf Steuererhöhungen für Unternehmen wird verzichtet. Und gegen erbitterte Kritik war eine Neuverschuldung deutlich über den Ausgaben für Investitionen geplant. Diese Politik gegen die »Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« beginnt sich auszuzahlen.“ (R. Hickel)

²⁾ Oder würde ein auch noch so neoliberaler Professor einem braven Familienvater raten, zur Vermeidung bzw. Reduzierung der Schulden sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen zu kürzen? Daran wird zweierlei deutlich: 1. Unfreiwillig, sozusagen hinter dem Rücken der neoliberalen Propaganda, wird dem Staat – im Unterschied zum privaten Einzelhaushalt – offensichtlich ein unmittelbarer Einfluss auf die Gesamtwirtschaft eingeräumt, was er aber 2. nach neoliberaler Dogma eigentlich möglichst wenig haben sollte. Der Vergleich entlarvt sich damit als nur auf Staatsausgabenkürzung zielendes „Argument“. („Man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt“ – also Einnahmen runter, dann kann man auch weniger ausgeben oder Ausgaben runter, dann braucht man auch weniger Einnahmen). Und spätestens hier wird der volkswirtschaftliche Unsinn des Vergleichs offenkundig: Während für einen Privathaushalt Sparen durchaus rational und sinnvoll sein kann, führt das Sparen aller Privathaushalte und des Staates über Gesamtnachfrageausfall zu gesamtwirtschaftlicher Stagnation und Krise – wie in Deutschland während der letzten mind. 20 Jahre demonstriert.

Öffentliche Neuverschuldung dient der Rückführung von gesamtwirtschaftlicher Ersparnis in den Wirtschaftskreislauf und ist in Stagnations- und Krisenzeiten ein wichtiges Instrument der antizyklischen Finanzpolitik über die Finanzierung von öffentlichen Investitionen. Sie ist die einzige Möglichkeit, künftige Generationen entsprechend ihrer Vorteile durch öffentliche Investitionen an deren Finanzierung zu beteiligen. Vererbt werden nicht nur die Schulden, sondern auch die Vermögenstitel und die mit ihnen finanzierte Infrastruktur. In jeder Generation muss die Verteilung zwischen den Zinszahlungen aus Steuermitteln und den zinsbeziehenden Gläubigern organisiert werden. Dass wir mit der heutigen Staatskreditaufnahme auf Kosten der kommenden Generationen leben ist ein völlig abwegiges Argument. Was nutzt es der Generation unserer Kinder und Enkel, wenn wir ihnen ein Gemeinwesen ohne Schulden (also auch ohne Guthaben), aber mit unzureichender oder zerstörter Infrastruktur und Umwelt hinterlassen?

Dennoch gibt es auch **Probleme bei der Staatsverschuldung**: neben der **sozial ungerechten Verteilungswirkung** (die Zinsen fließen ganz überwiegend in die Taschen der vermögenden Gläubiger, müssen aber über Steuern „von allen“ - und das heißt im zunehmenden Lohnsteuerstaat von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden) kann die **zunehmende Zinsbelastung** bis zur finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit des Staates führen.

Ohne Frage ist die **Staatsverschuldung** der Bundesrepublik **seit Beginn der 90er Jahre** außerordentlich angestiegen und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hoch:

- ◆ Anstieg der **Verschuldung** der öffentlichen Haushalte 1991-2005: +142%, von 599 Mrd € auf 1 448 Mrd € oder 39.0 % auf 64.6% des BIP
- ◆ **Zinsausgaben des Bundes**: 39,1 Mrd (2000) – 37,6 (2001) – 36,9 Mrd (2003) – 37.4 Mrd (2005)

Die **Ursachen** sind sinkende Staatseinnahmen und steigende Staatsausgaben als Folge von Stagnation und Krise mit steigender Massenarbeitslosigkeit und vor allem – in der veröffentlichten Meinung schon fast vergessen – die anhaltenden Kosten der deutschen Einheit.

Eine Reduzierung der Staatsschulden ist daher ohne Frage notwendig. Der falsche Weg dazu ist allerdings die Senkung der Staatsausgaben und der Steuern in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation oder eines beginnenden konjunkturellen Aufschwungs: Das Ergebnis wären nur – steigende Staatsschulden („Schuldenparadoxon“, s.o.). **Aus der Krise kann man sich nicht herausparen, man kann nur herauswachsen.**

Die beste Politik zur Senkung der Staatsverschuldung ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht.

3. „Der Sozialstaat ist nicht mehr zu bezahlen“

Dieses „Argument“ ist offenkundig falsch. Sagt es doch, dass die Gesellschaft angeblich die Leistungen des Sozialstaates nicht mehr bezahlen kann, obwohl ausgewiesener Maßen die Sozialleistungen im Verhältnis zum erwirtschafteten BIP, die **Sozialleistungsquote** (in % des BIP), seit 1975 praktisch unverändert bei 30.0 +-1.2% liegt.

Wenn dennoch die **Sozialsysteme** (GRV, GKV, Pflegeversicherung) in finanzielle Probleme geraten sind, kann das ja nur bedeuten, dass sich immer weniger Wirtschaftssubjekte mit immer weniger Mitteln an der Finanzierung beteiligen. Dies ist eine Folge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und von nichtversicherungspflichtiger Beschäftigung, sowie der sinkenden Lohnquote. So betrug z.B. die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben 2003 bei der Rentenversicherung 8 Mrd € und bei der Gesetzlichen Krankenversicherung 5,3 Mrd €, das sind 3,4% bzw. 3,9% der jeweiligen Ausgaben.

Hinzukommt die ökonomisch falsche Teilfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialsysteme und der daraus folgende anhaltende Transferbedarf Ost.

Die Sozialsysteme haben also ein gravierendes **akutes Einnahmeproblem**, dem kurzfristig durch Leistungskürzungen und/oder Beitragserhöhungen begegnet wird.

Das o.a. „Argument“ benutzt diese akute Finanzierungsproblematik der Sozialsysteme, um den Sozialstaat grundsätzlich seiner Legitimation zu berauben und Kostensenkungen für das Kapital über Sozialabbau („Lohnnebenkosten“-Argument) durchzusetzen.

Dass steigende Sozialbeiträge zunehmend auch zu einer hohen **Belastung der Arbeitnehmer-einkommen** werden, kann nicht bestritten werden. Darauf kann aber nicht mit Sozialabbau bis zur allgemeinen Demontage des Sozialstaats und der Privatisierung der großen Lebensrisiken geantwortet werden, sondern durch Verbreiterung der Finanzierungsbasis (Beitragsbemessungsgrenzen, Bürgerversicherung, Einbeziehung von Vermögenseinkommen) und durch ergänzende Steuerfinanzierung (allerdings im Rahmen eines sozial gerechteren Steuersystems).

Die beste Politik zur Erhaltung und zum Ausbau des Sozialstaats ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht.

4. "und überhaupt: Wir leben über unsere Verhältnisse"

Diese Aussage ist – bewusst demagogisch (?) – vieldeutig (wer ist „wir“?):

- ◆ Sie ist richtig, wenn der nationale und weltweite Umgang mit Umwelt und Klima oder die Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt“ zugunsten der kapitalistischen Industriestaaten gemeint ist
- ◆ Sie ist falsch, was die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch bei uns, angeht (s.o. zur Verteilungsfrage)
- ◆ und sie zeugt von ökonomischer Dummheit oder demagogischer Bosheit, was die Volkswirtschaft Deutschlands betrifft: „Die Deutschen haben im Vergleich zu dem, was sie einnehmen, noch nie so wenig ausgegeben wie im vergangenen Jahr: Die Leistungsbilanz, in der Ex- und Importe aller Waren, Dienst- und unentgeltlicher Leistungen gegenübergestellt werden, ergab einen Rekordüberschuss von 60 Mrd €.“ (P. Bofinger, FR 21.08.03). Dies gilt heute in verstärktem Maße: Leistungsbilanzüberschuss 2005 112 Mrd €, Prognose (DIW) für 2006 126 Mrd €.

Nochmal Bofinger (a.a.O.): „Warum ist eine so doppeldeutige Aussage gefährlich? Sie erweckt in der Öffentlichkeit den fatalen Eindruck, dass wir uns kollektiv einschränken müssen, wenn wir die aktuellen wirtschaftlichen Probleme bewältigen wollen..... Wenn wir uns als Konsumenten gemeinsam bescheiden und noch mehr sparen, dann werden wir niemals aus der derzeitigen Stagnation herauskommen.“

Und, so sollte man hinzufügen, die o.a. Parole wird in aller Regel von wohlbestallten, verbeamteten Professoren propagiert, die für ein diesbezügliches Gutachten Honorare einstreichen, die das durchschnittliche Jahreseinkommen von Arbeitnehmern übersteigen.